

Tagesordnung I Punkt 8.1 der öffentlichen Sitzung am 25. September 2008

Antrags-Nr. 08-F-24-0007

**Mahnen und Erinnern - gemeinsam gegen jede Form des Extremismus
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und FDP vom 24.09.2008 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung erinnert an den 70. Jahrestag der Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung auch hier in Wiesbaden, die den verbrecherischen Auftakt der systematischen Verfolgung und Ermordung von Millionen Menschen durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft markieren.

Die Erinnerung an diese Verbrechen mahnt uns eindringlich, jede Form von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus engagiert zu bekämpfen und keinerlei Toleranz zu üben gegenüber jedweden Versuchen der NPD und anderer rechtsextremistischer und neonazistischer Gruppen, ihre widerwärtige Propaganda zu verbreiten.

Die Erinnerung mahnt uns auch, jedweder Gewalt in der politischen Auseinandersetzung und jedem Extremismus von links wie von rechts eine klare Absage zu erteilen. Unsere freiheitliche Demokratie lebt von der argumentativen Auseinandersetzung um politische Ziele und Meinungen wie von der einmütigen und strikten Ablehnung von Gewalt als Mittel der Politik. Dies eint alle Demokraten und fördert das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für unsere Gesellschaft.

Alle Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen für die demokratische Kultur und ein friedliches Miteinander aller in Wiesbaden lebenden Menschen einzutreten.

Die Stadtverordnetenversammlung dankt vor diesem Hintergrund allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich gegen jede Form des Extremismus engagieren

Der Magistrat wird gebeten, im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration darzulegen, welche Maßnahmen notwendig sind, um gegen die Aktivitäten der NPD und anderer neonazistischer Organisationen sowie linksextremistischer Organisationen in der Landeshauptstadt Wiesbaden vorzugehen.

Beschluss Nr. 0497

Der gemeinsame Antrag

Mahnen und Erinnern - gemeinsam gegen jede Form des Extremismus

der ursprünglich von der SPD-Stadtverordnetenfraktion mitgetragen wurde, wird bei Zurückziehen der SPD-Stadtverordnetenfraktion als Mittragsteller in der Ursprungsform und als gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 24.09.2008 angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2008

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .09.2008

Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister